

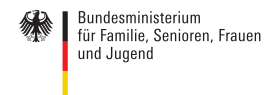
Rechtsextremismus in Harburg

eine Stadtteilanalyse · Kurzversion · erstellt durch das Kommunalpädagogische Institut Hamburg (kp_i)

Regionalanalyse zu rechtsextremen AkteurInnen und Aktivitäten sowie des zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagements dagegen für den Bezirk Harburg



Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales Familie und Integration Hamburg. Das MBT ist Teil des Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Hamburg und erreichbar unter der Telefonnummer der Erstkontaktstelle 040 428 63 36 25.



Die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus ist spätestens seit Ende 2011 wieder von höchster Aktualität. Durch das Bekanntwerden der rechtsextremistischen Terrororganisation ‚NSU - Nationalsozialistischer Untergrund‘ und der durch diese Gruppierung verübten Morde ist das Thema Rechtsextremismus nicht nur verstärkt in den Blick zuständiger Behörden, sondern auch in den der Öffentlichkeit gerückt.

Rechtsextremistischen Entwicklungen entgegen zu wirken, ist das primäre Ziel der in vielen Bundesländern etablierten Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Eine zentrale Annahme in ihrer ist, dass die Arbeit für die Etablierung, den Ausbau und den Erhalt demokratischer Kultur und Zivilgesellschaft Arbeit gegen Rechtsextremismus ist. Die langfristige Sicherung einer demokratischen Kultur, in der sowohl eine lebendige Zivilgesellschaft existiert und eine demokratische Praxis gelebt wird als auch ‚demokratiefreundliche‘ Werte und Einstellungen verankert sind, stellt ein wichtiges Ziel der Mobilen Beratungsarbeit gegen Rechts-

extremismus dar. Neben einer derart ausgerichteten Präventionsarbeit ist die konkrete Beratung und Intervention bei Vorfällen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund das zentrale Arbeitsfeld der Mobilen Beratungsteams.

Wichtiger Ausgangspunkt für ihre Arbeit ist die Analyse und qualitative Beschreibung konkreter regionaler Situationen bzw. Problemlagen. Darüber hinaus wollen die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bestehende Strukturen einer demokratischen Zivilgesellschaft sowie einzelne engagierte AkteurInnen in ihre

Beratungsarbeit integrieren und so die durch lokale und zivilgesellschaftliche AkteurInnen geleistete Arbeit unterstützen.

Vor diesem Hintergrund und in Anknüpfung an vorangegangene Untersuchungen zum Bezirk Bergedorf sowie dem Stadtteil Bramfeld (Bezirk Wandsbek) wurde das Kommunalpädagogische Institut Hamburg Mitte 2012 damit beauftragt zu analysieren, welche rechtsextremen Potenziale und Strukturen der Hamburger Bezirk Harburg aufweist. AkteurInnen und Aktivitäten mit rechtsextremem Hintergrund stellen dabei zentrale Indikatoren einerseits für das rechtsextreme Potenzial in der jeweiligen Region und andererseits für mögliche rechtsextreme Strukturen dar. Ergänzend dazu sollte das Engagement zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus untersucht werden.

Inhalt	
Vorwort	2
Begriffsklärung	3
Anlage und Methode der Untersuchung	4
Zum Bezirk Harburg	5
Rechtsextremismus im Bezirk Harburg	6
Engagement lokaler zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus	10
Wünsche und Entwicklungsperspektiven	12
Handlungsempfehlungen	13



Begriffsklärung

Da es keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ gibt, soll im Folgenden kurz das der vorliegenden Regionalanalyse zugrunde liegende Verständnis von Rechtsextremismus erläutert werden.

Staatliche Institutionen wie beispielsweise die Innenministerien des Bundes und der Länder, und hier insbesondere die Verfassungsschutzämter sowie der Staatsschutz, definieren Rechtsextremismus als eine bestimmte Form der Ablehnung und Bekämpfung zentraler Prinzipien des deutschen Verfassungsstaates, der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Extremismus wird dabei als gleichbedeutend mit Verfassungsfeindlichkeit definiert. Diese Definition fußt auf einem Modell, welches das politische Spektrum als eine lineare Achse betrachtet, in deren Zentrum eine ‚demokratische Mitte‘ und an deren Endpunkten ein Links- bzw. Rechtsextremismus gedacht wird.

Zivilgesellschaftliche AkteurInnen gegen Rechtsextremismus legen ihrem Engagement meist ein sozial- und politikwissenschaftliches Verständnis des Begriffs Rechtsextremismus zugrunde, welches stärker auf die konkreten Inhalte und Ziele von als rechtsextremistisch bezeichneten Bestrebungen fokussiert. Kennzeichen des Rechtsextremismus sind demnach Vorstellungen von Ungleichwertigkeit und Ungleichheit, die auf den Ideologieelementen Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus, Sexismus, Autoritarismus sowie auf der Verharmlosung des Nationalsozialismus und seiner

Verbrechen beruht. Rechtsextremismus wird als ein Sammelbegriff für Einstellungen, Handlungen und unterschiedliche politische Strömungen verwendet, deren Ziel es ist, demokratische Prozesse und die grundgesetzlich geschützten Rechte von Minderheiten abzuschaffen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass rechtsextremistische Einstellungen nicht nur am Rande sondern auch mitten in der Gesellschaft zu finden sind, wie etwa die Heitmeyer-Studien oder die seit Beginn der 2000er durchgeführten »Mitte«-Studien um Oliver Decker und Elmar Brähler belegen. In diesem Sinne werden nicht Grenzziehungen zwischen Mitte und Rand der Gesellschaft, sondern konkrete Inhalte bestimmter AkteurInnen und Aktivitäten in das Zentrum der Betrachtung gerückt.

Der vorliegenden Untersuchung liegt ein solcher Begriff von Rechtsextremismus zugrunde. Der Begriff der extremen Rechten wird mit gleicher Begründung synonym verwendet. Dem Rechtsextremismus werden all jene AkteurInnen und Aktivitäten zugerechnet, die einer in diesem Sinne rechtsextremistischen bzw. extrem rechten Ideologie aufgrund von Einstellungsäußerungen oder aber konkreten Verhaltensweisen Ausdruck verleihen.

Anlage und Methode der Untersuchung

Mit der vorliegenden Analyse des Hamburger Bezirks Harburg wird die im Frühjahr 2012 für den Stadtteil Bramfeld und den Bezirk Bergedorf erstellte Analyse zu rechtsextremen AkteurInnen und Aktivitäten sowie des zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagements dagegen um Erkenntnisse zu einer weiteren Region erweitert.

Da seit den 1980er Jahren rechtsextreme Strukturen, die über die Hamburger Stadtgrenze hinweg in das ländliche Umland reichen, bestehen und Harburg mit seinem Bahnhof einen Dreh- und Angelpunkt zwischen der Stadt Hamburg und südlich gelegenen Landkreisen darstellt, wurden diese Regionen in der Untersuchung ebenfalls mit in den Blick genommen.

Der Fragestellung wurde methodisch auf zwei Ebenen nachgegangen: Zum einen hat eine ausführliche und umfassende Recherche von Dokumenten und Informationen zum Thema Rechtsextremismus in Hamburg bzw. im Bezirk Harburg stattgefunden. Dabei wurden Publikationen antifaschistischer Gruppen, parlamentarische Drucksachen, Lokalzeitungen und Tageszeitungen wie die »tageszeitung« und das »Hamburger Abendblatt« und flankierend die Berichte des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz gesichtet und ausgewertet. Das bearbeitete Material umfasst einen zeitlichen Rahmen von ca. 40 Jahren.

Weiterhin wurden von August bis Dezember 2012 in sechs leitfadengestützten diskursiven Interviews und einem schriftlichen Interview zehn regionale Experten und Expertinnen befragt. Dazu gehörten verschiedene gegen Rechtsextremismus Aktive aus dem Bezirk und

den angrenzenden Landkreisen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einer Jugendeinrichtung, eine in der Lokalpolitik aktive Person und ein/e VertreterIn der Polizei in Harburg. Die bereits für die Untersuchung des Bezirks Bergedorf und des Stadtteils Bramfeld geführten Interviews mit Expertinnen und Experten, die zu der Entwicklung und Situation in ganz Hamburg befragt worden waren, wurden mit Fokus auf ihren Aussagen zum Bezirk Harburg erneut ausgewertet.

In der hier vorliegenden Kurzfassung werden die zentralen Untersuchungsergebnisse zum Bezirk Harburg und der angrenzenden Landkreise in kompakter aber auch notwendigerweise stark verkürzter Form dargestellt. Auf einen Nachweis für Fundstellen zu wiedergegebenen Aussagen und die Wiedergabe direkter Zitate wurde nicht zuletzt wegen der Lesbarkeit verzichtet.

Zum Bezirk Harburg

Die 1927 durch Zusammenlegung der Städte Harburg/Elbe und Wilhelmsburg gegründete, damals zu Preußen gehörende Stadt Harburg-Wilhelmsburg wurde in Folge des »Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen« zum 1. April 1938 Teil der Einheitsgemeinde Hamburg.

Im Bezirk Harburg, der sich in insgesamt 17 Stadtteile gliedert, lebten Ende des Jahres 2011 insgesamt 153.400 Menschen. Bis März 2008 gehörte der flächengrößte Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg ebenfalls zum Bezirk Harburg. Einrichtungen der kulturellen wie auch der sozialen Infrastruktur, beispielsweise Bücherhallen, Kindertagesstätten, Grund- und Stadtteilschulen, Gymnasien, Berufsbildende Schulen, Elternschulen, Vereine oder Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und SeniorInnen finden sich zum überwiegenden Teil im Stadtteil Harburg, in den angrenzenden Stadtteilen Wilstorf und Heimfeld sowie in den Stadtteilen Hausbruch und Neugraben-Fischbek.

Der Anteil der EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund liegt im Bezirk Harburg bei knapp über 37 % und damit deutlich über dem Durchschnitt in Hamburg (29,2 %). In den Stadtteilen Hausbruch und Harburg liegt er mit jeweils 49,6 % noch einmal über dem Durchschnitt des gesamten Bezirks. Der Erwerbslosenanteil nimmt in den zurückliegenden Jahren sowohl auf gesamtstädtischer Ebene

als auch im Bezirk Harburg tendenziell leicht ab. Er liegt im Bezirk mit 7,0 % (Stand: Juni 2012) über dem Hamburger Durchschnitt von 5,9 %. In den Stadtteilen Harburg (8,9 %), Hausbruch (8,3 %) und Neugraben-Fischbek (7,6 %) liegt der Anteil der Erwerbslosen nicht nur deutlich über dem Hamburger Durchschnitt, sondern jeweils auch über dem Durchschnitt des gesamten Bezirks. Beim Anteil an LeistungsempfängerInnen nach SGB II liegt der Bezirk Harburg mit 12,9 % über dem Durchschnitt von gesamt Hamburg (10,5 %). Auch hier fallen die Stadtteile Harburg mit 19,3 % und Hausbruch mit 17,5 % LeistungsempfängerInnen nach SGB II besonders auf. Auffällig ist, dass sowohl in den beiden genannten Stadtteilen als auch im Bezirk der Anteil der LeistungsempfängerInnen nach SGB II im Alter unter 15 Jahren mit 46,8 % (Stadtteil Harburg), 35,5 % (Hausbruch) sowie 28,5 % (Bezirk Harburg) zum Teil erheblich über dem hamburgweiten Durchschnitt von 22,5 % liegt.

Rechtsextremismus im Bezirk Harburg

Einigkeit bestand bei allen befragten Personen darüber, dass der Bezirk Harburg seit etwa fünf Jahren kein Schwerpunktgebiet der extremen Rechten mehr darstellt. Gleichwohl wird von einzelnen Aktivitäten mit rechtsextremem Hintergrund, die in der jüngeren Vergangenheit im Bezirk stattgefunden haben, berichtet. Dieser Umstand und ein Blick auf die (jüngere) Geschichte der Region lassen alle Befragten darin übereinstimmen, dass Wachsamkeit gegenüber entsprechenden Entwicklungen angebracht ist.

Entwicklungen seit den 1970er Jahren

Wie bereits die NSDAP in den 1920er Jahren verfolgten neonazistische Gruppen ab den 1970er Jahren eine Strategie der bewussten Ansiedlung und Agitation in den ländlicher geprägten Gebieten am Rande Hamburgs. Die räumliche Verlagerung von Wohn- und Agitationszentren in solche Regionen sollte dabei eine effektivere und weniger stark beobachtete Rekrutierungs- und Mobilisierungsarbeit ermöglichen.

Infolgedessen wurden auch der Bezirk Harburg und die angrenzenden Landkreise für verschiedene Organisationen der extremen Rechten ein wichtiger Agitationsraum, in dem zum Teil bereits ein Milieu von rechtsextrem orientierten aber unorganisierten Personen vorhanden war. Zu den in den 1980er Jahren aktiven Organisationen gehörten etwa die 1979 gegründete (und 1995 verbotene) Freiheitliche Deutsche Arbeiter Partei (FAP), die 1982 in Hamburg-Moorburg gegründete (und 1998 verbotene) Hamburger Liste Ausländerstopp (HLA) und die NPD. Ende der 1970er und in den 1980er Jahren war auch die 1994 verbotene, militante neonazistische Kinder- und Jugendorganisation ‚Wiking-Jugend‘ im Bezirk Harburg aktiv. Sie organisierte Wochenendlager und Wehrsportübungen – u.a. im rechtsextremen Schulungszentrum Heisenhof im niedersächsischen Landkreis Celle – und versuchte dafür auch im Bezirk Harburg Jugendliche zu rekrutieren. Weiterhin ging sie aggressiv gegen antifaschistisch engagierte Lehrer und Lehrerinnen und andere politische Gegner vor. Auch in

Häusern der Jugend bzw. Freizeitzentren im Bezirk Harburg kam es in dieser Zeit – insbesondere im Stadtteil Neuwiedenthal – zu Auseinandersetzungen mit Gruppen von rechtsextremen Skinheads, die mit faschistischen Symbolen auftraten, rassistische und antisemitische Parolen verbreiteten und ihnen missliebige MitarbeiterInnen und BesucherInnen bedrohten. Die 1977 aus der neonazistischen NSDAP-Aufbauorganisation ‚SA-Sturm Hamburg‘ hervorgegangene (und 1983 verbotene) ‚Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten‘ (ANS/NA) unter Michael Kühnen agierte in dieser Zeit ebenfalls im Bezirk Harburg und traf sich regelmäßig in einer Gaststätte im Stadtteil Wilstorf. Der vorhandene Grad an Gewaltbereitschaft der extremen Rechten wurde 1985 deutlich, als anlässlich einer Hausdurchsuchung bei einem Rechtsextremen aus Wilhelmsburg neben Propagandamaterial eine Rohrbombe entdeckt wurde. Ende der 1980er Jahre waren die Stadtteile Harburg und Neuwiedenthal neben Bergedorf, Lohbrügge und Hamm lokale Hochburgen rechtsextremer Skinheads. AktivistInnen der extremen Rechten sorgten dafür, dass in dieser Zeit Aufkleber, Plakate, Flugblätter und Sprühpapieren wie »SA marschiert wieder« oder »Rotfront verrecke« im Straßenbild des Bezirks präsent waren. Eine Gedenktafel am ehemaligen Standort eines Außenlagers des Konzentrationslagers Neuengamme am Rand der Neugrabener Heide, in dem von September 1944 bis Februar 1945 insgesamt 500 tschechische Jüdinnen zur Zwangsarbeit interniert waren, wurde mehrfach beschädigt und mit Parolen beschmiert. Hinzu kamen rassistisch motivierte tätliche Übergriffe auf Menschen, auf

Moscheen, türkische Geschäfte oder Jugendzentren. Ende der 80er Jahre galten Harburg und die Kleinstadt Tostedt im angrenzenden Landkreis als Hochburgen der rechtsextremen Szene, für die die Lokalpresse von einer »Atmosphäre der Angst« schrieb.

Mit Beginn der 1990er Jahre kam es zu einer Zunahme rechtsextremer Aktivitäten. So wurden etwa rechtsextrem motivierte bewaffnete Überfälle auf Konzertveranstaltungen in Jugendzentren in Neu Wulmstorf und im Stadtteil Harburg verübt. Im Kontext der bundesweiten Welle von Pogromen gegen Flüchtlinge bzw. AsylbewerberInnen, die ihren Ausgang mit den Ausschreitungen von Hoyerswerda (Sachsen) zwischen dem 17. und 23. September 1991 nahm, wurden auch im Bezirk Harburg und in angrenzenden Landkreisen (Brand-) Anschläge auf diverse Flüchtlingsunterkünfte, Wohnhäuser und den Treffpunkt einer antirassistischen Initiative verübt. Für einige dieser Anschläge wurden 1993 fünf Personen aus dem Kreis der 1988 gegründeten rechtsextremen ‚Sinstorfer Skinheads‘ verurteilt. Aus diesem Kreis stammte auch die Rechtsrock-Band ‚Oi Dramz‘. Vier Mitglieder der Band wurden Anfang 1994 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu zweijährigen Bewährungsstrafen und Geldbußen verurteilt.

Unter anderem wegen der staatlichen Repression ging die öffentliche Präsenz der extremen Rechten im Bezirk Harburg bis zum Ende der 1990er Jahre zurück. Es waren jedoch bereits zu jener Zeit Verbindungen der rechtsextremen Szene ins nördliche Niedersachsen (nach Seevetal, Tostedt, Neu Wulmstorf und Buxtehude) und ins weitere Umland zu konstatieren.

In den 1990er Jahren konnten rechtsextreme Parteien auch in der Harburger Bezirksversammlung Präsenz erreichen: 1993 gelang es den Republikanern (REP) mit 7,3 % der abgegebenen Stimmen drei

VertreterInnen in die Harburger Bezirksversammlung zu entsenden. 1997 erhielt die DVU 7,5 % der Stimmen und zog somit in die Bezirksversammlung ein.

Mit dem Jahr 2000 kam es erneut zu einer Zunahme an Aktivitäten der extremen Rechten im Bezirk Harburg. Im Mai 2000 wurden am Freizeitzentrum Nöldekestraße neofaschistische Plakate und Parolen, die sich gegen die »Harburger Woche gegen Rassismus und Faschismus« richteten, hinterlassen. Im Stadtteil Wilstorf existierte zu diesem Zeitpunkt eine Clique von rechtsextremen Skinheads, die in engem Kontakt zur Kameradschaft Bramfeld um Torben Klebe stand.

In diesem Zeitraum fanden auch Konzerte von Rechtsrock-Bands wie der aus dem Bremer Hooligan-Milieu stammenden ‚KC Die Band‘ (aus der später ‚Kategorie C‘ hervorgingen) und ‚Oidoxie‘ im Bezirk Harburg und im Umland statt.

In den Jahren 2004/ 2005 kam es infolge eines Strategiewechsels innerhalb der NPD (»Volksfront von Rechts«) zu einer verstärkten Kooperation von NPD und AktivistInnen aus dem Spektrum der Freien Nationalisten/Kameradschaften, die insbesondere im Bezirk Harburg in einer Vielzahl von gemeinsamen Aktivitäten resultierte. Die Jahre 2004 bis 2006 stellten die letzte Hochphase der extremen Rechten in Harburg dar. Es gelang ihr mit Aktivitäten wie Infoständen, dem Verteilen von CDs an Harburger Schulen, Kundgebungen und Demonstrationen eine hohe öffentliche Präsenz zu entwickeln.

In den Folgejahren kam es im Bezirk Harburg zwar weiterhin zu einzelnen Aktionen mit rechtsextremistischem Hintergrund, aber nicht erneut zu einem mit den Jahren 2005/2006 vergleichbaren Niveau rechtsextremistischen Engagement.

Die extreme Rechte in den angrenzenden Landkreisen

Aus den geführten Interviews und aus den offiziellen Dokumenten zur Organisation der extremen Rechten im Süden Hamburgs ist deutlich geworden, dass sich diese nur landesgrenzenübergreifend angemessen beschreiben lässt. Daher wurde auch nach Einschätzungen zum Verhältnis des Bezirks Harburg zum angrenzenden Umland gefragt. Im Rahmen der Regionalanalyse wurde sich dabei in erster Linie auf den direkt angrenzenden niedersächsischen Landkreis Harburg konzentriert.

In den 1980er Jahren stellten sowohl der Bezirk als auch der Landkreis Harburg ein Schwerpunktgebiet der FAP dar. Rechtsextreme Kader sind in dieser Zeit gezielt in Kleinstädte wie das ca. 20 km von der Landesgrenze entfernte Tostedt (Landkreis Harburg) oder nach Buxtehude (Landkreis Stade, 10 km von der Landesgrenze Hamburgs entfernt) gezogen und haben dort, aufbauend auf einer vorhandenen rechtsextremen Szene und einem entsprechenden subkulturellen Milieu aus rechtsextrem ausgerichteten Skinheads, gezielt politische Organisationsarbeit betrieben. Damit wurde der Grundstein für eine noch heute aktive Szene gelegt.

Ein Höhepunkt rechtsextremer Gewalt im Umkreis des Bezirks Harburg wurde 1992 erreicht, als ein 53-jähriger Mann am Buxtehuder Busbahnhof nach einem Streit um Adolf Hitler von zwei Neonazis so brutal zusammengeschlagen und misshandelt wurde, dass er drei Tage später verstarb. Einer der damaligen Täter, **Stefan Silar**, ist bis heute in der rechtsextremen Szene aktiv. Nach seiner Entlassung aus der Haft war er in der ‚Sektion Nordmark‘ des im Jahr 2000 verbotenen neonazistischen Netzwerks ‚Blood & Honour‘, über das u.a. Rechtsrock-Konzerte organisiert wurden, aktiv. 2005 eröffnete er in Tostedt den Szeneladen Streetwear Tostedt, in dem neben Rechtsrock-CDs, Waffen und rechtsextreme Bekleidungsmarken vertrieben wurden. Bis zum Januar 2013, als Silar das Geschäft aus privaten Gründen schloss,

fungierte es darüber hinaus als ein regionales Zentrum der extremen Rechten in der Nordheide. Im Umfeld von **Streetwear Tostedt** haben sich in den letzten Jahren die Kameradschaften **Gladiator Germania** und **Nationaler Widerstand Tostedt** organisiert. Personen aus diesem Umfeld wurden in den vergangenen Jahren u.a. für Übergriffe auf antifaschistisch bzw. linkspolitisch aktive Jugendliche in und um Tostedt verantwortlich gemacht.

Derzeit sind insbesondere Tostedt, Buchholz und Winsen Orte mit aktiven rechtsextremen Strukturen. Die gegenwärtige Situation in Kleinstädten wie Tostedt und Buchholz wurde von den Interviewten für Menschen, die nicht in das Weltbild der AkteurInnen der extremen Rechten passen, als bedrohlich beschrieben. Es wird von Verfolgungsjagden, brutalen Überfällen auf politische Gegner und Anti-Antifa-Arbeit mit dem Ziel, sogenannte ‚national befreite Zonen‘ einzurichten, berichtet.

Möglich gemacht und begünstigt wurde und wird diese Entwicklung und die langjährige Präsenz dieser rechtsextremen Strukturen u.a. durch eine starke gesellschaftliche Integration der Angehörigen der extremen Rechten, die etwa problemlos in Sportvereinen oder in örtlichen freiwilligen Feuerwehren aktiv sein können und dort als umgängliche Sportkameraden oder Nachbarn behandelt werden.

Akteurinnen und Akteure

In der letzten Hochphase der extremen Rechten im Bezirk Harburg im Zeitraum von 2004 bis 2006 war neben einer Freien Kameradschaftsszene um das ‚Aktionsbüro Norddeutschland‘ und **Christian Worch**, deren Kern von ca. zehn bis fünfzehn Aktiven gebildet wurde, auch die NPD aktiv. Die Kooperation zwischen diesen Strukturen wurde insbesondere von dem 2004 zum Harburger NPD-Kreisvorsitzenden gewählten **Martin Dembowsky** vorangetrieben. Eine weitere, damals zentrale Person wurde mit Unterstützung aus der bundesweiten rechtsextremen Szene kurzzeitig zu einem wichtigen

Kader im Bezirk Harburg.

Derzeit gibt es nach Einschätzung der lokalen ExpertInnen im Bezirk Harburg keine ausgeprägten rechtsextremen Strukturen. Viele der in den Jahren 2004 bis 2006 dort aktiven und wohnhaften AkteurInnen der extremen Rechten sind mittlerweile aus der Szene ausgestiegen und haben ihre Wohnorte verlagert oder ihre Aktivitäten eingestellt. Für die rechtsextrem motivierten Aktivitäten der letzten Jahre im Bezirk zeichneten in erster Linie Personen aus dem Umland bzw. überregional vernetzte Strukturen verantwortlich.

Gleichwohl wird von mehreren interviewten Personen darauf hingewiesen, dass es im Bezirk nach wie vor ein Potenzial an Personen gibt, die rechtsextremes Gedankengut vertreten und für entsprechende Aktivitäten mobilisierbar wären. Als wichtiger Faktor, der derzeit nicht gegeben ist, wurde die Anwesenheit von Führungspersonen oder Kadern, die formierend und organisierend tätig würden, genannt.

Mitglieder der **NPD** traten im Bezirk Harburg zuletzt bei den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen im Januar 2011 mit einer Kundgebung, an der Thomas Wulff und Torben Klebe beteiligt waren, auf dem Seeveplatz in der Nähe des Harburger Bahnhofs öffentlich in Erscheinung. Seit der genannten Wahlkampfkundgebung sind von Seiten des Bezirksamts auch keine Genehmigungen mehr für Infostände der NPD oder anderer rechtsextremer Gruppen in Harburg erteilt worden. Eigenständige Strukturen der NPD sind gegenwärtig im Bezirk Harburg zwar nicht vorhanden. Von Seiten des Hamburger Landesverbands der NPD wurde jedoch in der jüngeren Vergangenheit versucht, aktuelle Themen im Bezirk, wie die Auseinandersetzung um die Vergrößerung einer Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkunft in der einen Kilometer vom Bahnhof Harburg entfernten Wetterstraße, an der auch eine AnwohnerInneninitiative beteiligt war, aufzugreifen und über Flugblätter bzw. Artikel auf ihrer Homepage rechtsextreme und rassistische Deutungsmuster zu verbreiten, was jedoch keinen merklichen Erfolg hatte. Von Seiten

der NPD wurde im Jahr 2012 auch versucht, die Auseinandersetzung um die Unterbringung von ehemaligen Strafgefangenen im Stadtteil Moorburg für die Verbreitung ihrer Ansichten zu instrumentalisieren.

Eine rechtsextreme Gruppierung, die in den letzten zwei Jahren auch im Bezirk Harburg in Erscheinung getreten ist, ist die Gruppierung **„Weiße Wölfe Terrorcrew“** (WWT). Der Name wurde in Anlehnung an die rechtsextreme Rockband ‚Weiße Wölfe‘ gewählt. Sie trat in Hamburg erstmalig im Jahr 2008 auf. Die WWT ist wie die Kameradschaften der ‚Freien Nationalisten‘ über Ländergrenzen hinweg in Sektionen organisiert und in hohem Maße mit diversen anderen rechtsextremen Strukturen vernetzt. Im Jahr 2009 wurden bundesweit Hausdurchsuchungen bei Angehörigen der Gruppierung durchgeführt, da sie als uniformiert mit T-Shirts aufgetreten waren, auf denen Symbole der europaweit agierenden neonazistisch-terroristischen Organisation ‚Combat 18‘ abgebildet waren. Im Jahr 2011 schloss sich die WWT mit der lose organisierten Neonazi-Gruppe ‚Hamburger Nationalkollektiv‘ zusammen und tritt seitdem unter dem Namen ‚Weiße Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv‘ (WWT/HNK) auf. Die Gruppierung wird aufgrund ihres Auftretens – optisch und stilistisch in Anlehnung an die linke Szene und mit einer gewalttätigen Attitüde – mittlerweile den ‚Autonomen Nationalisten‘ zugerechnet. Nach internen Auseinandersetzungen hat sich von der WWT/HNK eine ‚Aktionsgruppe Nordheide‘ abgespalten, die seit Herbst 2012 mit einem Blog und einem YouTube-Konto im Internet vertreten ist.

Aktivitäten

Im Jahr 2005 traten Freie Kameradschaften und NPD in Harburg mit Infoständen, Kundgebungen und Demonstrationen in die Öffentlichkeit. Als Reaktion auf die im Herbst 2005 von der Antifaschistischen Aktion Harburg begonnene Kampagne »Stadt. Land. Fluss – Kein Raum für Nazis« wurde durch AktivistInnen der extremen Rechten der Versuch unternommen, Outing-Aktionen von politischen Geg-

nern zu imitieren. Dabei kam es zu Angriffen auf die Wohnungen von politisch Engagierten, die sich als GegnerInnen des Neofaschismus und Neonazismus engagierten.

In der Folgezeit ging die öffentlich sichtbare Aktivität der extremen Rechten im Bezirk Harburg zwar zurück. Im Bezirk Harburg fanden jedoch auch weiterhin Rechtsrock-Konzerte statt, an deren Organisation u.a. Stefan Silar beteiligt war und die von mehreren Hundert Personen besucht wurden. So trat etwa in den Jahren 2009 und 2010 die Bremer Hooligan-Rechtsrock-Band ‚Kategorie C‘ in einer Gaststätte in Moorburg auf.

Für das Jahr 2011 sind von Seiten der Strafverfolgungsorgane für den Bezirk Harburg 17 angezeigte Straftaten als rechtsextremistisch motiviert eingestuft worden. Dabei machten Propagandadelikte den Hauptteil der zur Anzeige gebrachten Taten aus. Diese bestand in den letzten Jahren im Verteilen von Flugblättern, Verkleben von Aufklebern, Aushängen von Transparenten oder dem Sprühen von Parolen wie ‚Nationaler Widerstand‘. Insbesondere Aufkleber der WWT Sektion Hamburg mit Parolen wie »Eine Generation, die sich wehrt ... BRD zerschlagen« und Aufkleber des »Aktionsbüro Norddeutschland« gegen »Überfremdung« sind in den letzten zwei Jahren in einem Raum von Lüneburg bis Wilhelmsburg verklebt worden.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Dezember 2011 marschierten ca. 30 mit weißen Masken und brennenden Fackeln ausgestaffierte Personen unangemeldet über die Eißendorfer Straße. Die Demonstration wurde im Stil der Kampagne ‚Die Unsterblichen – Volkstod stoppen‘ inszeniert, die 2011 von der mittlerweile verbotenen rechtsextremen Gruppe ‚Widerstand Südbrandenburg‘ begonnen worden war. Mit einem Transparent bezogen sie sich dabei auf die Verhängung einer Bewährungsstrafe im Zusammenhang mit einem als »20-ct-Mord« bekannt gewordenen Totschlags am Harburger Bahnhof. Der Aufmarsch wurde von der Polizei gestoppt und die Personalien von 17 Personen festgestellt. Ein Videoclip mit Bildmaterial des Fackelmarschs wurde

kurz darauf über das Benutzer-Konto ‚HamburgerNkWWT‘ auf der Videoplattform YouTube und ein Artikel dazu auf der Homepage der WWT/HNK veröffentlicht. Dieses Vorgehen wurde von mehreren Befragten hervorgehoben und von ihnen als Beleg für die insgesamt gestiegene Bedeutung von Weblogs und insbesondere sozialer Netzwerke wie Facebook und Video-Plattformen wie YouTube für die Verbreitung rechtsextremer Propaganda gesehen. Anfang des folgenden Jahres wurden bei den identifizierten TeilnehmerInnen des Fackelmarsches, die aus Hamburg, Niedersachsen und Bremen stammten, Hausdurchsuchungen durchgeführt und Waffen, Rechtsrock-CDs und Propagandamaterial sichergestellt.

Die WWT/HNK waren auch an der Organisation und Durchführung der Demonstration unter dem Motto »Tag der deutschen Zukunft«, die am 2. Juni 2012 in Hamburg-Wandsbek stattfand, beteiligt. Nach der Demonstration kam es am Bahnhof Harburg und an weiteren südlicher gelegenen Bahnhöfen sowie in Zügen zu Übergriffen durch Rechtsextreme.

Engagement lokaler zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus

In der Vergangenheit hat es im Bezirk Harburg verschiedene Zusammenschlüsse und Kooperationsstrukturen gegen Rechtsextremismus gegeben, die zum Teil über mehrere Jahre, zum Teil nur anlassbezogen kooperiert haben. So wurde vor dem Hintergrund eines hohen Grades an Aktivität rechtsextremer Gruppierungen in den 1980er Jahren ein Antifaschistischer Arbeitskreis Harburg gegründet, der bis zu Beginn der 1990er Jahre aktiv war und – zum Teil in Kooperation mit lokalen AkteurInnen wie der Ortsvereinigung Harburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), dem Harburger Friedensforum, dem Freizeitzentrum Nöldekestraße und der St. Johannis-Kirchengemeinde – sowohl Vortragsveranstaltungen und Filmreihen als auch Mahnwachen und Kundgebungen organisierte. Ab 1985 brachte der Arbeitskreis ein viermal im Jahr erscheinendes Infoblatt mit einer Dokumentation von bekannt gewordenen Aktivitäten der extremen Rechten in Harburg und Umgebung sowie eine Presseschau heraus.

1988 wurde ein antifaschistisches Bündnis gegründet, an dem antifaschistische und linkspolitische Gruppen, Kulturzentren und Parteien aus einem Gebiet, das von Wilhelmsburg (damals noch Teil des Bezirks Harburg) und Neuwiedenthal bis Tostedt und Meckelfeld (Landkreis Harburg) reichte, beteiligt waren.

In den 1990er Jahren wurde vor dem Hintergrund der bundesweit stattfindenden Pogrome gegen Flüchtlinge im Bezirk Harburg ein lokales ‚Bündnis gegen Rassismus‘ gegründet, das u.a. Veranstaltungsreihen in Harburg und Wilhelmsburg organisierte.

Zu Beginn der 2000er Jahre war die Gruppe ‚Antifaschistische Aktion Harburg‘ aktiv und organisierte etwa im Mai 2001 eine Demonstration gegen die »Verfestigung der militanten Neonaziszene in der Region Harburg«, die durch den Stadtteil Wilstorf führte.

Die letzten intensiveren Aktivitäten gegen die extreme Rechte im Bezirk Harburg fanden in den Jahren 2005 und 2006 im Rahmen der Kampagne »Stadt. Land. Fluss – Kein Raum für Nazis« statt. Sie ging von der Autonomen Antifa in Verbindung mit dem

Harburger Bündnis gegen Rechts, an dem verschiedene linke antifaschistische Gruppen beteiligt waren, aus. Die Kampagne stellte eine Reaktion auf die hohe öffentliche Präsenz von Freien Kameradschaften und NPD in Form von Kundgebungen und Infotischen ab Anfang 2005 dar. Neben Protesten gegen Infostände und Kundgebungen der Rechtsextremen und einer Demonstration im Herbst 2005 war das Veröffentlichen der Aktivitäten von lokalen rechtsextremen AktivistInnen, auch in ihrer Wohngegend oder an ihren Arbeitsstellen (»Outing«), ein wesentliches Aktionsmittel.

Von Teilen der Harburger Öffentlichkeit und VertreterInnen der Lokalpolitik wurden diese Aktivitäten seinerzeit kritisch bis ablehnend bewertet. Die befragten in antifaschistischen Gruppierungen Aktiven kritisierten an den damaligen Reaktionen von Seiten der Lokalpolitik und anderer zivilgesellschaftlicher AkteurInnen, dass sie das Problem der rechtsextremistischen Aktivitäten heruntergespielt, einzig unter dem Aspekt der für den Einzelhandel verkaufschädigenden Wirkungen der Proteste betrachtet und die gegen Rechtsextremismus aktiven AntifaschistInnen und die Angehörigen der extremen Rechten als gleichermaßen unerwünscht behandelt hätten.

Anfang 2010 organisierten AnwohnerInnen und lokale Vereine Proteste gegen die Rechtsrock-Konzerte in Hamburg-Moorburg. Der so aufgebaute öffentliche Druck trug mit dazu bei, dass dem Pächter der Gaststätte von der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA gekündigt wurde.

Eine Veranstaltungsreihe, die seit 2005 jährlich in unterschiedlichem Umfang in Harburg stattfindet, sind die im zeitlichen Umfeld des Jahrestags der Befreiung vom Faschismus (8. Mai) durchgeführten ‚Antifaschistische Maitage‘ bzw. die ‚Antifaschistische Maiwoche‘. Sie wurden bisher von verschiedenen Harburger Gruppen, die zum Teil als Harburger Bündnis ‚Einig gegen Rechts‘ auftraten, organisiert. Im Vergleich zu anderen regionalen Bündnissen wie etwa dem Rathausbündnis in Bergedorf wurde als charakteristisch für das Harburger Bündnis genannt, dass sich in erster Linie klassisch linke Organisationen daran beteiligten.

Ebenfalls kontinuierlich finden in Harburg auch gedenkpolitische Aktivitäten um den Jahrestag der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 statt. Von der Initiative ‚Gedenken in Harburg‘, die u.a. vom Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Hamburg-Ost getragen wird, werden in diesem Zusammenhang seit 1998 Gedenktage mit Ausstellungen, Vortrags- und Filmabenden, Zeitzeugengesprächen oder Exkursionen organisiert, die z.B. auf dem Jüdischen Friedhof in Harburg und am Ort der ehemaligen Harburger Synagoge stattfinden. Daran beteiligten sich in den letzten Jahren auch VertreterInnen des Bezirksamts und der Bezirksversammlung. Auch das Aufarbeiten der Geschichte von Opfern des Faschismus und das Verlegen von Stolpersteinen zu ihrem Gedenken spielt in diesem Kontext eine Rolle. Mittlerweile gibt es mehr als 150 solcher Stolpersteine in Harburg

und seit 2012 auch eine umfangreiche Publikation mit dem Titel »Stolpersteine in Hamburg-Harburg und Hamburg-Wilhelmsburg – Biographische Spurensuche«.

Ein regionales Gremium im Bezirk Harburg, in dem das Thema Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren anlassbezogen thematisiert wurde, ist die Harburger Sicherheitskonferenz. Sie existiert seit 1998 und arbeitet unter dem Vorsitz des Bezirksamtsleiters mit der Harburger Verwaltung und Kommunalpolitik, Behörden, Vereinen, Einrichtungen und Institutionen sowie der Polizei zusammen. In ihren Arbeitsbereich gehört auch die Förderung von Veranstaltungen oder Maßnahmen, die sich auf das Thema Rechtsextremismus beziehen.

Die Abgeordneten der Harburger Bezirksversammlung haben sich im Mai 2012 mit einer Resolution einstimmig gegen eine Demonstration von RechtsextremistInnen unter dem Motto »Tag der deutschen Zukunft« am 2. Juni 2012 durch Harburg ausgesprochen.

Von Seiten der Harburger Polizei wird versucht, jenseits von Strafverfolgung, mittels Informations- bzw. Präventionsgesprächen Versuchen rechtsextremer AkteurInnen, Einfluss auf Bürgerinitiativen zu gewinnen oder Rechtsrock-Konzerte in Kleingartenvereinen oder Vereinshäusern durchzuführen, zu begegnen.

Als AkteurInnen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus im südlichen Umland Hamburgs sind diverse Antifa-Gruppen in (Klein-)Städten wie Winsen, Buchholz, Tostedt, Buxtehude und Stade zu nennen. Im Herbst 2010 wurde von antifaschistisch Aktiven im Norden Niedersachsens die Kampagne »Landfriedensbruch. Tostedt hat kein Problem mit Nazis. Wir schon.« ins Leben gerufen, mit der die Öffentlichkeit über rechtsextreme AkteurInnen und Aktivitäten in Tostedt aufgeklärt werden soll, um auf diese Weise vor Ort aktiven rechtsextremen AkteurInnen die Aktionsräume streitig zu machen. In Tostedt ist darüber hinaus seit 1998 das »Forum

für Zivilcourage« aktiv, dass 1998 vor dem Hintergrund gewalttätiger Übergriffe auf alternative Jugendliche durch rechtsgerichtete Skinheads aus dem Kreis einer Elterninitiative gegründet wurde. In Buxtehude wurde Anfang 2010 der Antifaschistische Arbeitskreis »Gedenken an Gustav Schneeclaus« gegründet, der seit März 2010 Gedenk- und Informationsveranstaltungen gegen Rechtsextremismus organisiert.

Wünsche und Entwicklungsperspektiven

Von den Befragten wurden für die weitere Entwicklung des Engagements gegen Rechtsextremismus Wünsche auf verschiedenen Ebenen genannt. Diese reichten von einer gesellschaftspolitischen über eine gedenkpolitische bis hin zu einer konkret aktionsbezogenen Ebene.

Als ein wichtiger Aspekt des Engagements gegen Rechtsextremismus wurde die Analyse des konkreten Nährbodens für rechtsextremistische Einstellungen und Handlungsweisen genannt, der etwa in gesellschaftlichen Spannungen und Spaltungen aufgrund der wirtschaftlichen Situation bestehen kann. Der Einsatz aller demokratischen Kräfte der Gesellschaft für das Gemeinwohl und gegen eine soziale Spaltung wäre damit ein zentrales Instrument gegen die weitere Ausbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster. Die gesellschaftlich weite Verbreitung von rechtsextremen Denkmustern und Einstellungen, die sich etwa in Form von Alltagsrassismus äußert, sollte in diesem Kontext ebenfalls bearbeitet werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass dieser in viel höherem Maße zum täglichen Erleben einer Vielzahl von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gehört als klassischer Neonazismus.

Um das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und damit eine demokratisch strukturierte Gesellschaft zu stärken, wird zudem ein Wechsel der Politik für notwendig gehalten, durch den es den BürgerInnen ermöglicht wird, verstärkt Einfluss auf ihre Lebensbedingungen zu nehmen. Das würde nach Einschätzung einer befragten Person auch einen Beitrag dazu leisten, dass mehr Menschen Motivation für politisches Engagement entwickeln.

In Bezug auf die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus wurde von den antifaschistisch Aktiven der Wunsch nach einer besseren Vernetzung und Kooperation zwischen den verschiedenen antifaschistisch aktiven Einzelpersonen und Gruppen in Bezirk und Landkreis Harburg einerseits und der Stadt Hamburg andererseits

geäußert. Dies sei insbesondere wegen der geografischen Lage des Bezirks Harburg zwischen Landkreis und Stadt sehr sinnvoll für eine wirksame Arbeit gegen Rechtsextremismus. Für die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus wurde darüber hinaus eine höhere Kooperationsbereitschaft und der Abbau von Vorurteilen der verschiedenen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen untereinander angemahnt, so dass über die konkrete Arbeit gegen die extreme Rechte hinaus an einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas – gegen Rassismus, Nationalismus und Autoritarismus – gearbeitet werden kann. Dies sei insbesondere in und für dörfliche(n) Gegenden wichtig, da solche zum Teil über Jahrzehnte aufgebauten rechtsextremen Strukturen nicht von einzelnen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen verändert werden können.

Die interviewte Person aus einem antifaschistischen Verband äußerte den Wunsch nach stärkeren Aktivitäten des antifaschistischen Spektrums selbst, die nicht auf Reaktionen auf Aktivitäten von AkteurInnen mit rechtsextremem Hintergrund beschränkt bleibt. Darüber hinaus wird auch ein stärkeres Engagement des Bezirksamts gegen Rechtsextremismus als bisher befürwortet. Die interviewte Person aus der Harburger Lokalpolitik hebt ebenfalls die hohe Bedeutung einer dezentralen, von vielen verschiedenen AkteurInnen getragenen, antifaschistischen Kultur als Teil der allgemeinen städtischen Kultur hervor, die nicht nur auf Aktivitäten von RechtsextremistInnen reagiert.

In Bezug auf den ehemaligen Standort des Außenlagers des Konzentrationslagers Neuengamme am Falkenbergsweg in Neugraben

wurde der Wunsch geäußert, dass die Fläche dauerhaft als Gedenkort gesichert bleiben möge und dass dort, wo sich derzeit lediglich ein Gedenkstein befindet, eine würdige Erinnerungsstätte geschaffen wird.

Eine als problematisch beschriebene Entwicklung, die insbesondere für Niedersachsen genannt wurde, ist die verstärkte Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Bereich der Bildungs- und Präventionsarbeit, mit der der Versuch einherginge, zivilgesellschaftliche antifaschistische AkteurInnen zu verdrängen.

Für verbesserungswürdig halten die GesprächspartnerInnen auch die Art, wie die staatlichen Sicherheitskräfte gegen Rechtsextremismus Engagierte über aktuelle Entwicklungen in der Szene informieren.

Die Arbeit zivilgesellschaftlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus im Bezirk sollte nicht nur dadurch gefördert werden, dass unterschiedliche Formen des Engagements anerkannt werden, sondern auch dadurch, dass Bemühungen für einen kontinuierlichen, respektvollen, Vorurteile reduzierenden Austausch unterstützt werden. Nur durch eine starke demokratische Alltagskultur und Zivilgesellschaft lassen sich rechtsextrem motivierte Handlungen und Gewalt nachhaltig zurückdrängen. Staatliche Repression alleine vermag das nicht zu erreichen. Als problematisch sind daher Maßnahmen wie die »Extremismusklauseln« des Bundesinnenministeriums und einiger Bundesländer und undifferenzierte Gleichsetzungen von ‚links‘ und ‚rechts‘ zu betrachten, die Ausdruck behördlichen Misstrauens gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen sind und falsche Zeichen setzen.

Handlungsempfehlungen

Der zuletzt anlässlich der Aktionen der WWT/HNK erneut deutlich gewordene Umstand, dass die rechtsextremen Gruppierungen, die zuletzt in und um den Bezirk Harburg agierten, überregional vernetzt sind, spricht dafür, diese Vernetzungsstrukturen intensiver in den Blick zu nehmen.

Ein Fokus sollte dabei auf die südlich an den Bezirk Harburg grenzenden Landkreise Lüneburg, Harburg und Stade gelegt werden. Dazu könnte in einem ersten Schritt auf die bei den meisten InterviewpartnerInnen vorhandenen Kenntnisse zurückgegriffen und diese in einem zweiten Schritt um solche von gegen Rechtsextremismus aktiven Initiativen aus Niedersachsen erweitert werden.

Darüber hinaus sollte – bundesländerübergreifend – über die neuen Formen des Auftretens von AkteurInnen der extremen Rechten, etwa als »Autonome Nationalisten«, informiert und zivilgesellschaftliche

AkteurInnen für die damit einhergehenden Strategien, wie sich in Form von unkonventionellen Einmalaktionen und deren Dokumentation und Verbreitung über soziale Netzwerke im Internet zeigen, sensibilisiert werden. Dies könnte für eine wirkungsvolle Arbeit gegen Rechtsextremismus von Nutzen sein.

Gemeinsam mit den vor Ort gegen Rechtsextremismus Engagierten könnte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie dem vielfach in den Interviews geäußertem Bedarf nach einem Raum für Treffen und Veranstaltungen entsprochen werden kann.